

Zeitschrift: Schweizerische Zeitschrift für Soziologie = Revue suisse de sociologie
= Swiss journal of sociology

Herausgeber: Schweizerische Gesellschaft für Soziologie

Band: 12 (1986)

Heft: 1

Artikel: Gesellschaft und Umwelt : Kurzbeiträge der Referenten und Organisatoren

Autor: Jaeger, Carlo

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-815022>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 23.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

GESELLSCHAFT UND UMWELT

Kurzbeiträge der Referenten und Organisatoren

Gruppendiskussionen und Kongressthema : Ein Kommentar

Carlo Jaeger
Geographisches Institut ETH, Winterthurerstr. 190,
CH - 8032 Zürich

1. Umwelt

Zu den Instrumenten, mit denen Gesellschaften versuchen können, sich selbst zu untersuchen, gehört die Soziologie; zu den Instrumenten, mit denen sie versuchen können, ihre natürliche Umwelt zu untersuchen, gehören die Naturwissenschaften. Es war deshalb naheliegend, im Rahmen der Arbeitsgruppe "Gesellschaft und Umwelt" ein Gespräch zwischen Natur- und Sozialwissenschaften anzustreben. Als Thema diente dabei im Rahmen der Kontaktveranstaltung die Ozonproblematik. Gleich zeigten sich Schwierigkeiten : Prof. Wanner vom Institut für Hygiene und Arbeitsphysiologie der ETH sowie W. Moser vom Institut für Atmosphärenphysik der ETH warteten mit detailliertem empirischem Material auf, während die empirischen Bezüge von soziologischer Seite höchst spärlich blieben. Die Feststellung, dass es eine langfristige Forschungsstrategie brauchen werde, um eine akzeptable empirische Basis zur Diskussion der relevanten gesellschaftlichen Zusammenhänge bereitzustellen, provozierte die Vertreterin der SNG und SAGW (Schweizerische Naturforschende Gesellschaft / Schweizerische Akademie der Geisteswissenschaften) Frau Vogel-Clottu, zum Appell, damit angesichts der Dringlichkeit der Probleme nicht länger zu säumen.

Mit naturwissenschaftlichen Mitteln lässt sich eine Bandbreite von Ozongrenzwerten, bei der Schäden für Menschen und Wälder vermeidbar scheinen, feststellen. Solche Grenzwerte haben ab Anfang 86 im Rahmen der neuen Luftreinhalteverordnung eine gesetzliche Grundlage. Zugleich liegen genügend Messwerte vor, um feststellen zu können, dass diese Grenzwerte beim gegenwärtigen Verkehrsaufkommen unmöglich eingehalten werden können (soziologisch gesprochen eine anomische Situation). Das führte zu der Frage an die Soziologen, wie denn naturwissenschaftliches Wissen in breite Verhaltensänderungen umgesetzt werden könne, allgemeiner : Wie massenhafte Verhaltensweisen "kippen" können.

Solche Fragen erinnern an die Schlussformel des Hauptreferats von F. Ferrarotti, Soziologie sei eine Lektion der Bescheidenheit angesichts der Komplexität des Sozialen. Denn es mag durchaus sein, dass auf die obigen Fragen nicht nur keine einfachen, sondern gar keine allgemeinen Antworten möglich sind. Sicher, aus der Diffusionsforschung ist über Ausbreitungsprozesse von Informationen manches bekannt, und die Literatur über sozialen Wandel ist unübersehbar. Dennoch sprechen etwa neuere Konzeptionen sozialer Systeme, welche diese als selbstreferenzielle Systeme auffassen (Luhmann, 1984), dagegen, dass solche Veränderungen in einem engen Sinne plan- und steuerbar seien. Möglich scheint eher, Randbedingungen zu ermitteln, deren Beachtung bei der Förderung bestimmter Informationsdiffusionen und Verhaltensänderungen nötig ist. Dazu könnten empirische Untersuchungen erfolgreicher Beispiele dienen.

Eine wichtige Randbedingung ist die, dass die Diffusion von Innovationen innerhalb sozialer Subsysteme anders verläuft als zwischen solchen Subsystemen. Zwei der wichtigsten Subsysteme moderner Gesellschaften sind Ökonomie und Politik, wobei erstere in mancher Hinsicht eine dominante Rolle spielt. Die Frage, wie ökologische Gesichtspunkte im ökonomischen Bereich zur Geltung kommen könnten (auf das Problem Luftverschmutzung bezogen etwa : wie eine Arbeitsplatzverteilung, die weniger Pendlerverkehr induziert, entstehen könnte), kam kaum zur Diskussion. Hingegen wurden Veränderungsmöglichkeiten innerhalb des politischen Bereichs von verschiedenen Referenten zur Diskussion gestellt.

2. Politik

Es war sicher richtig, wenn dem Phänomen der "Grünen", und damit bundesdeutschen Referenten, in der Arbeitsgruppe ein hoher Stellenwert eingeräumt wurde. H. Hönigsberger entwickelte Argumente, die für die Stabilität der zunächst schwer einschätzbareren Grünen Partei sprechen. Einmal dürfte die ökologische Problematik mittelfristig kaum an Relevanz verlieren. Sodann besteht in der Bundesrepublik ein politisches Personal, das sich in der Grünen Partei gefunden hat, und dem kaum bessere Optionen offenstehen. Es handelt sich um tausende von in verschiedener Hinsicht hochqualifizierten Leuten, die jedoch beruflich keinen entsprechenden Status einnehmen und ausserhalb der Grünen politisch kaum vergleichbare Möglichkeiten hätten. Die Statusinkonsistenztheorie könnte hier ein interessantes Anwendungsfeld finden (vgl. Wuggenig, 1985). Schliesslich hat sich im Zusammenhang der "neuen sozialen Bewegungen" (Brand u.a., 1983) vor allem im Bereich der neuen Mittelschichten ein Wählerpotential gebildet, welches in der Lage scheint, eine neue Partei zu tragen.

Dazu kommt der institutionelle Rahmen des bundesdeutschen Dreiparteiensystems mit 5 %-Klausel, wodurch eine Partei mit 5-10 % Wählerstimmen als Zünglein an der Waage beträchtliche Chancen gewinnt.

Es ist aufschlussreich, nach Parallelen und Unterschieden der oben skizzierten Situation mit der schweizerischen zu fragen. Kriesi et al. (1981) haben starke Indizien dafür zusammengetragen, dass auch in der Schweiz die herkömmlichen Parteien mit einem neu entstehenden Typ von Politik konfrontiert werden. Die ökologische Problematik ist auch hier ein öffentliches Thema ersten Ranges, das besonders im Rahmen der neuen Mittelschichten Resonanz findet. Andrerseits bräuchte in der Schweiz eine neue Partei, um bei nationalen Wahlen reales Gewicht zu bekommen, weit über 10 % der Stimmen. Auch besteht unter schweizer Bedingungen kaum ein Milieu, welches dem erwähnten politischen Personal in Westdeutschland entsprechen würde.

Wenn jedoch Dahrendorfs These von einer neuen Auseinandersetzung um den Gesellschaftsvertrag zumindest ansatzweise zutrifft, so könnte sich grüne Politik in der Schweiz an einer bemerkenswerten institutionellen Möglichkeit entwickeln : Der Totalrevision der Bundesverfassung. Dass das sozialstaatlich zentralistische Modernisierungskonzept, das mit dem Entwurf der Kommission Furgler vorgeschlagen wurde, nicht realisierbar scheint, während die Kombination geschichtlicher Sedimente, welche die bestehende Verfassung ausmachen, eine Legitimationsfunktion kaum mehr wahrnimmt, hat den Spielraum für einen ökologisch akzentuierten Vorschlag eröffnet (Kölz & Müller, 1984). Dass eine allfällige Volksinitiative für eine Totalrevision kein Ständemehr benötigt, eröffnet angesichts der knappen Ergebnisse ökologisch pointierter Abstimmungen Möglichkeiten veränderter Machtkonstellationen, die weder bei Wahlgängen noch bei den gewohnten Initiativen und Referenden in Betracht kommen. Damit ist natürlich nicht gesagt, dass eine solche Dynamik zu realen Problemlösungen führt. Allerdings scheint es, dass an dieser Stelle das politische System der Schweiz Freiheitsgrade hat, die in der BRD nicht vorliegen, während umgekehrt die Grünen in der BRD Freiheitsgrade beanspruchen, die in der Schweiz kaum gegeben sind.

3. *Gesellschaft*

Dass die ökologische Problematik die menschliche Gesellschaft als ganze tangiert, war schon in den Begrüßungsworten der Rektorin angedeutet worden. Das Kongressthema "Industriegesellschaft - Ende einer Epoche" lädt zu einer genaueren Betrachtung dieses Zusammenhangs ein. Soziologisch ist allerdings der "epochale" Begriff nicht der der Industriegesellschaft, sondern der der Moderne.

Wenn wir unterstellen, dass das weltweite Entwicklungsmodell der Industriegesellschaft gegenwärtig durch eines der Informationsgesellschaft abgelöst wird (die Erläuterung dieser These würde hier zu weit führen), dann stellt sich die Frage, ob die Informationsgesellschaft bloss eine neue Variante moderner Gesellschaft darstellt oder ob es sich dabei um eine "postmoderne" Formation handelt.

Das Konzept der Postmoderne hat international eine breite Diskussion ausgelöst (Vester, 1985). Abgesehen vom ästhetischen Begriff der Moderne, der sich auf künstlerische Entwicklungen von Rimbauds 'il faut être absolument moderne' bis zum Urbanismus der Charta von Athen bezieht, laufen dabei zwei soziologische Begriffe von Modernität durcheinander. Der ältere, durch Parsons geprägte, ist der Gegenbegriff zu Traditionalität. Er kontrastiert im Grunde genommen die Indianerreservate mit den USA der Nachkriegszeit und behauptet, dass alle Gesellschaften zwischen diesen beiden Polen stünden und dass Modernisierung ein irreversibler Prozess sei. Ältere Hochkulturen stellen sich dann ebenso wie die meisten Nationen der Gegenwart als Misch- und Uebergangsformen dar. Der neuere Modernitätsbegriff, der sich etwa bei Luhmann andeutet, kontrastiert die Lebensformen von Hochkulturen mit der der Neuzeit: Dabei wird keine Dichotomie behauptet, Stammesgesellschaften werden als dritter Typus aufgefasst. Wir gebrauchen für diesen Begriff den Terminus "Neuzeit" statt "Moderne".

Im Rahmen der Gruppe "Gesellschaft und Umwelt" waren vor diesem Hintergrund die Ausführungen V. Winklers interessant. Er versuchte das Modell des homo oeconomicus mit Hilfe eines Rückgriffs auf Kohlbergs Konzept moralischer Entwicklungsstufen zu relativieren. Dazu wurde ein dichotomes Schema moralischer Orientierung entworfen (Winklers Verwendung des Moralbegriffs wirft eine Reihe von Schwierigkeiten auf, die jedoch hier nicht wesentlich sind): Auf der einen Seite eine "ökonomische" Moral, die an Kohlbergs Beschreibung amerikanischer Verhältnisse anschliesst, auf der anderen eine "ökologische", die weniger deutlich umrissen ist. Die unscharfe Beschreibung der letzteren liesse sich mit der These, wonach eine solche Moral gegenwärtig erst in *statu nascendi* vorliege, erläutern. Ein entsprechender sozialer Wandel müsste Muster frühkindlicher Sozialisation ebenso betreffen wie gesamtgesellschaftliche Wert- und/oder Sinnzusammenhänge. Zu beiden Bereichen liegt eine Fülle empirischen Materials vor, das zur Prüfung jener These beigezogen werden kann.

Was eben als "ökonomische" Moral bezeichnet wurde, ist eine moderne Orientierung. Deren traditionaler Gegenpol in Stammesgesellschaften wiederum ist stark ökologisch geprägt. Die These, wonach sich gegenwärtig in modernen Gesellschaften eine "ökolo-

gische" Moral bilde, impliziert allerdings eine postmoderne Entwicklung. Damit wird zumindest denkbar, dass mit der Informationsgesellschaft eine postmoderne Epoche einsetzt: Das wäre dann der Fall, wenn in ihr eine ökologische Orientierung zu gesamtgesellschaftlicher Geltung kommen sollte. Den neuzeitlichen Charakter würde eine solche Gesellschaft nicht abstreifen, er liesse sich jedoch nicht als Gegensatz zu Tradition begreifen.

Diese Probleme sollen hier nur aufgeworfen, nicht geklärt werden. Sie mögen verdeutlichen, dass im Problemfeld Gesellschaft und Umwelt empirische Forschung von beträchtlicher theoretischer Relevanz möglich und auch nötig ist. Zu diesem Zweck wurde in der Arbeitsgruppe der Plan gefasst, im Rahmen der SGS eine Forschungskommission "Gesellschaft und Umwelt" zu bilden: Weitere Interessentinnen und Interessenten sind willkommen.

BIBLIOGRAPHIE

- BRAND Karl-Werner, BUESSER Detlef & RUCHT Dieter (1984), Aufbruch in eine andere Gesellschaft: Neue soziale Bewegungen in der Bundesrepublik, Campus, Frankfurt.
- KOELZ A., MUELLER J.-P. (1984), Entwurf für eine neue Bundesverfassung, Fischer, München.
- KRIESI Hans-Peter, LEVY René, GANGUILLET Gilbert & ZWICKY Heinz (Hrsg.) (1981), Politische Aktivierung in der Schweiz, Rüegger, Diessendorf.
- LUHMANN Niklas (1983), Soziale Systeme, Suhrkamp, Frankfurt.
- VESTER Heinz-Günter (1985), "Modernismus und Postmodernismus - Intellektuelle Spielereien?", Soziale Welt, 36/1, 3-26.
- WUGGENIG Ulf (1985), "Statusinkonsistenztheorie: Aufbruch zu neuen Ufern?", KZfSS 37/3, 611-615.

Der obige Kommentar skizziert, inwiefern die Diskussionen der Gruppe "Gesellschaft und Umwelt" mit dem allgemeinen Thema und den gemeinsamen Veranstaltungen des Kongresses verknüpft waren. Im nächsten Beitrag folgt ein Versuch, grundlegende Aspekte der historisch neuen Konflikte um ökologische Fragen zu benennen und diese gesellschaftlich zu lokalisieren.

Zur Gesellschaftlichen Auseinandersetzung mit oekologischen Krisenerscheinungen

Ruth Wenger & Andreas Meyer
Soziologisches Institut der Universität Zürich, Apollostr. 2,
CH - 8032 Zürich & Flarz, CH - 8498 Gibswil

Unabhängig von der Frage, ob sich das Ende der Industriegesellschaft ankündigt oder ob diese gegenwärtig einen Anpassungsprozess an neue Randbedingungen vollzieht, drängen sich Überlegungen nach gesellschaftlichen Veränderungen aufgrund ökologischer Probleme auf. Mit der Perfektionierung der Massenproduktion, der Akkumulation von Kapital, der Globalität ökonomischer und technologischer Entwicklungen ist das systemische Gleichgewicht zentraler physikalischer und organischer Parameter empfindlich gestört worden. Jenseits der traditionellen Konflikte, assoziiert mit Konzepten wie Klassengesellschaft, Klassenkonflikte, ist ein weiterer gesellschaftlicher Graben sichtbar geworden.

Die Beschreibung gesellschaftlicher Strukturen wird üblicherweise anhand vertikaler und horizontaler Differenzierungen sowie der Verteilung bzw. Besetzung von Positionen auf zentralen Dimensionen materieller und immaterieller Güter vorgenommen. Werte, als soziologisches Konzept, lassen sich verstehen als Normen, Standards usw. die, sofern institutionalisiert, ein Mittel sanktionsierter Kontrolle von Struktur darstellen und somit eine Voraussetzung für den Bestand von Sozialstruktur sind. Soziales Handeln, Orientierungen, auch die Perzeption von Konflikten und deren Handhabung sind bestimmt durch Wert-Commitment. Die Wertwandeldiskussionen der vergangenen Jahre weisen darauf hin, dass der Grad an Wertübereinstimmung abgenommen hat und dass Verschiebungen erfolgt sind. Diese kulturelle Dynamik steht in Zusammenhang mit einer strukturellen.

Neu ist, dass intakte Umwelt als zentrales Element der Überlebenssicherung erkannt und bewertet wird. In demoskopischen Erhebungen stehen die Sicherheit der Arbeitsplätze und die Erhaltung einer gesunden Umwelt Kopf an Kopf auf der Prioritätenliste der Anliegen der Befragten. Solchen Forderungen geht die Eindeutigkeit ihrer Dimensionierungen, wie sie sich z.B. bei der Diskussion um Anteile am Volkseinkommen oder der Verteilung knapper Arbeit ausdrückt, verloren. Dies zeigt sich an den Verhandlungen um Lohn und Arbeitszeit: Lebensqualität als zentraler Wert will mitverhandelt werden. Von neuen Verteilungskämpfen zu sprechen ist kaum übertrieben. Trotz offener oder versteckter ökonomischer Engpässe ist eine Auseinandersetzung um die natürlichen Lebensgrundlagen und -räume entbrannt.

Neu ist auch, dass Privilegierungen relativiert werden, da die Verteilung dieser Güter a priori heterogener ist und die Lasten diffuser verteilt sind, demzufolge geringer kontrollierbar und nicht mehr in traditionellem Sinn steuerbar. (Der giftige Salat wird in allen Haushalten konsumiert werden müssen, die Bäume gehen in Zollikon ebenso kaputt wie im Maderanertal, Bronchitis ist nicht mehr nur Schicksal der Bewohner von Durchgangsstraßen. Alte klassische Zuordnungen fallen mehr und mehr dahin). Darin liegt die Brisanz dieses Verteilungskampfes : Es geht um nichts geringeres als die Infragestellung der Verteilung von Land und Luft, der Welt schlechthin, deren "Aneignung" ökonomischen Prinzipien folgend heute kritisch bewertet wird. In der Analyse gesamtgesellschaftlicher Zusammenhänge ist eine weitere Perspektive beizuziehen.

An den Auseinandersetzungen beteiligen sich neue Akteure, ein z.T. "alternatives Potential", das sich "durch vergleichsweise hohe politische Kompetenz und berufliche Qualifikation auszeichnet, von den üblichen Prozessen des Machterwerbs und von gesellschaftlichem Einfluss fast vollständig ausgeschlossen ist. ... Gruppen und Bewegungen, die an verschiedenen Konfliktlinien und Bruchpunkten in teilweise tiefgehenden und weitreichenden Gegensätzen zur etablierten Gesellschaftskonstruktion stehen" (vgl. den Beitrag von H. Höngsberger in dieser Nummer). All jenen, deren Unbehagen an der gesellschaftlichen Entwicklung sich diffus und isoliert ausdrückte, jenen, die Sinnfragen genereller oder spezifischer Art stellen, ist mit der gesellschaftlichen Wahrnehmung der Begrenztheit natürlicher Ressourcen ein gewichtiges Legitimationsinstrument zugänglich geworden. Formal folgen wir hier der Argumentationslogik von K.P. Japp (1984). Dass der Wert Umwelt/Natur als Kristallisierungskern diverser gesellschaftlicher Gruppierungen wirksam werden konnte, mag an seiner, trotz Wellen wiederkehrender Technikkritik schlecht gelungenen Institutionalisierung und an konvergierenden Erkenntnis- und Nutzungsinteressen wissenschaftlicher und wirtschaftlicher Art liegen.

Entsprechend der Akteur- und Interessendifferenz wird das Legitimationsinstrument "ökologische Krise" gehandhabt : Individualistisch-moralisch von den einen, fortschrittskritisch (im Sinne der Infragestellung der dominanten Produktions- und Konsumptionsstruktur) von den andern. In den Verhaltensweisen der ersten spiegelt sich unübersehbar protestantische Ethik. Hierzu gehören die Mahnrufe nach dem "neuen" Menschen, dem homo oecologicus, ebenso wie büßerhaftes Sammeln von Altkläm, Aluminium, usw.. Die Gespaltenheit zwischen der Produktionsweise und deren Folgen für die Umwelt wird durch den ideologischen Trick des homo oecologicus in Form einer Versöhnung von Ökonomie und Ökologie gelöst. Das Engagement der andern setzt

punktuellen Aktionen die Komplexität sozialer und ökonomischer Ursachen- und Wirkungszusammenhänge entgegen. Diese Disparitäten sind u.a. in Abstimmungsanalysen deutlich zutage getreten (vgl. Nef, 1986).

Die Auseinandersetzungen mit der Knappheit neuer Art auf dem Niveau der Träger wirtschaftlicher und politischer Entscheidungspositionen entsprechen vorwiegend den Forderungen individualistisch-moralisch argumentierender Akteure. Reduktionen hin zu technischen Lösungen lassen die Probleme handhabbar erscheinen (Katalysatorauto, vgl. den Beitrag von J. Estermann in dieser Nummer), Segregationen führen zu vorübergehenden Hochkonjunkturen ökologischer Einzelkonflikte, wobei die meisten Konfliktherde virulent bleiben (vgl. Köhler, 1986). Ökologische Kritik individualistisch-moralischer Art wird allemal ernst genommen. Den ökologischen Entwürfen der Grossindustrien setzt diese Kritik nichts entgegen. Die Verteilung der als zentral anerkannten Werte bleibt diesen überlassen.

BIBLIOGRAPHIE

- JAPP Klaus P. (1984), "Selbsterzeugung oder Fremdverschulden. Thesen zum Rationalismus in Theorien sozialer Bewegungen", *Soziale Welt*, 35, 313-329.
- KOEHLER Jochen (4.1.1986), "Natur, das grosse Alles", *Tages-Anzeiger*.
- NEF Rolf (1986), *Der Urnengang als betätigliche Gewissensprüfung?*, Soziologisches Institut der Universität Zürich, Zürich.

Von den Höhen der Theorie in die Niederungen der Politik führen die folgenden Ueberlegungen zur Grünen Partei in der BRD. Sie betonen sowohl, dass deren Programmatik noch äusserst brüchig, als auch, dass ihre soziale Funktion schon bemerkenswert stabil ist. Auch verdeutlichen sie die Rolle nationenspezifischer Umstände bei der Entwicklung ökologischer Politik.

Thesen zum Thema : Die Parteibildung der Grünen in der Bundesrepublik Deutschland : Indiz für das Ende einer Epoche

Herbert Höngsberger

Gesellschaft für angewandte Sozialwissenschaft und Statistik,
Hauptstr. 24, D - 6900 Heidelberg

I. Fragestellungen

1. Leitfrage im Kontext des Kongressthemas

Lässt sich die Entwicklung der Partei DIE GRUENEN in der Bundesrepublik in irgendeiner Weise plausibel als Indiz für epochale Umbrüche der industriell-kapitalistischen Gesellschaftsformation ausdeuten ?

Unterfragen :

- Warum gibt es die GRUENEN ?
- Was sind die GRUENEN ?
- Was bedeuten die GRUENEN ?

II. Erkenntnisstand, methodische Ueberlegungen

2. In der Bundesrepublik Deutschland ist der Entstehungsprozess der GRUENEN ein Glücksfall für die Parteienforschung. Eine schlüssige Analyse, die den Parteibildungsprozess erklärt, liegt allerdings nicht vor.

3. Parteienforschung, Wahlforschung, Wertwandelforschung liefern wichtige Hinweise auf notwendige Bedingungen und Voraussetzungen für das Entstehen der GRUENEN in der Bundesrepublik. Die Entlegitimierung des Parteiensystems, die Krise des Partienstaats, die Entwicklung hin zu postmaterialistischen Werten oder der Existenz eines Wählerpotentials sind zwar wichtige Voraussetzungen. Sie erklären aber die Parteibildung nicht, bzw. sie können auch das Ausbleiben ökologischer Parteibildung oder ihre wesentlich geringere Schubkraft in anderen Ländern nicht erklären.

Methodisch muss sich ein Erklärungsversuch auf die konkret historische Situation der Parteigründung und auf die Akteure, die die Partei machen, konzentrieren (z.B. biographische Methode).

III. Warum gibt es die GRUENEN ?

4. Ordnet man Ueberlegungen zur Entstehung der GRUENEN den drei grossen Theoriekomplexen über Parteibildung zu (Institutionelle Theorien, Krisentheorien, Modernisierungstheorien), dann handelt es sich am ehesten um (gemässigte) krisentheoretische und (modifizierte) modernisierungstheoretische Ueberlegungen.

5. Die grossen dauerhaften Parteigruppierungen Westeuropas sind wohl historisch an maximal drei bis vier zentralen und epochalen Konfliktlinien entstanden :

- Bürgerliche Revolution

- Soziale Frage

- Konservierung bürgerlicher Herrschaft nach innen (Konservatismus) und aussen (Nationalismus).

Insgesamt lässt sich das westeuropäische Parteiengefüge als 10-Parteiensystem (inklusive ökologische Parteien, v. Beyme, 1982) mit entsprechenden Leitfragen und Konfliktkonstellationen interpretieren.

6. Die ökologische Frage ist historisch die 10. dieser Leitfragen bzw. Konfliktlinien. Sie ist - verglichen mit anderen - absolut "parteifähig".

Als Gattungsfrage ist sie die Gemeinwohlfrage par excellence. Sie ist eine Generationenfrage und mit hoher Wahrscheinlichkeit eine epochaleitende Frage. Verwunderlich ist eher, warum ökologische Parteien sich vielerorts schwer tun - und weniger, warum sie einen Aufschwung wie in der BRD nehmen.

7. Für die Entstehung der GRUENEN in der Bundesrepublik Deutschland sind - neben einer Reihe von Rahmen- und Nebenbedingungen und der Verfügbarkeit des ökologischen Grundthemas - zwei Gründe zentral :

a) die Verlaufsformen ökologischer Konflikte, um die Nutzung der Umweltressourcen ("Nutzungskonkurrenz") wurden historisch zunächst von der "Oekologiebewegung" bzw. von einem Teil der "Bürgerinitiativbewegung" getragen. Diese waren vor allem auch der Versuch, für unterdrückte oder gefährdete Umweltnutzungen mit hohen Anforderungen an die Umweltqualität und geringen Durchsetzungspotentialen zu mindestens Vetomacht zu organisieren. Verschiedene Niedergelagerfahrungen (insbesonders der "Anti-AKW-Bewegung" - "Grohndeschock") haben Teile dieser Bewegungen in der Fortführung von Machterwerbsversuchen in den Transformationsprozess zur Partei gezwungen.

b) In der Bundesrepublik Deutschland hat sich seit Mitte der sechziger Jahre (Ende des Wirtschaftswunders bzw. der "Rekonstruktionsphase") aufgrund verschiedener politischer und ökonomischer Entwicklungen (Große Koalition, Studentenbewegung, Septemberstreiks 1969, Sozialliberale Koalition, Defizite des Parteiensystems, Bildungsreform, Beschäftigungsprobleme einer steigenden Zahl von Akademikern etc.) ein rudimentäres "alternatives politisches Personal" gebildet. Es zeichnet sich durch vergleichsweise hohe politische Kompetenz und berufliche Qualifikation aus, ist aber von den üblichen Prozessen des Machterwerbs und von gesellschaftlichem Einfluss fast vollständig ausgeschlossen. Unter den - historisch bedingten - überwiegend sozialistischen bzw. antirevisionistisch/-realsozialistischen und neokommunistischen ideologischen Vorzeichen, unter denen es angetreten ist, war es - auch wegen der 5 %-Hürde in der Bundesrepublik - nicht parteifähig.

8. Die GRUENEN sind die Verschmelzung des parteiwilligen und parteifähigen Teils der ökologischen Bewegung mit dem undogmatischen Teil dieses "alternativen politischen Personals" zu einer neuartigen Parteiformation unter dem ökologischen Leitthema.

Das einigende Band ist Machterwerb zur Lösung einer Reihe von gewichtigen Problemen der bundesrepublikanischen Industriegesellschaft. Die Triebkraft ist eine brisante Mischung aus persönlichen Interessen, Lebensplanungen, Aufstiegs- und Karriereinteressen mit der Notwendigkeit neuer Lösungen für objektive gesellschaftliche Aufgaben.

9. In der BRD ist umstritten, ob die GRUENEN genuine Partei der "Neuen Mittelschichten" sind. Sicher sind sie weder Gross- noch traditionelle Kleinbürgerpartei oder Arbeiterpartei. Rein quantitativ sind die Angehörigen der neuen Mittelschichten auch in anderen Parteien sowohl in der Mitgliedschaft als auch in der Wählerschaft zu finden (SPD, FDP). Nirgends dominieren sie so wie bei den GRUENEN, die aber auch Wähler und Mitglieder aus anderen Schichten haben. Die GRUENEN lassen sich mit der gebotenen Vorsicht und Zurückhaltung als Versuch einer autonomen, von traditionellen politischen Organisationen abgekoppelten politischen und gesellschaftlichen Emanzipation eines Teils der neuen Mittelschichten interpretieren.

IV. Was sind die GRUENEN ?

10. Die GRUENEN haben in den 5 Jahren ihrer Existenz eine relativ geschlossene - wenngleich ideologisch fraktionierte -

Formation eines "alternativen politischen Personals" hervorgebracht (ca. 120 Abgeordnete auf Bundes- und Landesebene, eine aktuell nicht genau erfassbare Zahl kommunaler Mandatsträger, die aber in die Tausende geht - Stichwort "Verlandratisierung", wissenschaftliches Personal bei Fraktionen oder in deren Umkreis, dazu Bundes-, Landes-, Kreisvorstände, Delegierte etc.)

11. Die GRUENEN sind politischer Bezugspunkt und Ansprechpartner einer Vielzahl von heterogenen, minoritären aber auch dissidenten Interessen und von vielfach konfliktfaulen Gruppen und Bewegungen, die an verschiedenen Konfliktlinien und Bruchpunkten in teilweise tiefgehenden und weitreichenden Gegensätzen zur etablierten Gesellschaftskonstruktion stehen. Gegenüber dieser heterogenen "Basis", die oft auf völlig konträren ideologischen Traditionen aufbaut, befinden sich die GRUENEN in einer Integrationsrolle.

12. Programmatisch sind die GRUENEN eine Art Erbengemeinschaft, die oft sehr heterogene Strömungen der politischen Geschichte Deutschlands bzw. des westeuropäischen Parteiensystems beerbt. GRUENE Programmatik bewegt sich zwischen den Polen eines eklektischen Konglomerats unvereinbarer Ideologiestränge und "dialektischer" Aufhebung der für eine gesellschaftliche Neukonstruktion notwendigen und brauchbaren ideologischen Traditionselemente.

Die Programmentwicklung der GRUENEN ist durch die zunehmende Bearbeitung neuer Themenbereiche und Fragestellungen gekennzeichnet. Im Zuge dieser Entwicklung nähert sich die programmatische Diskussion der GRUENEN einem auf die gesamte Gesellschaft bezogenem Handlungsprogramm.

Eine wesentliche Funktion der GRUENEN liegt in dieser Entwicklung eines gesamtgesellschaftlichen Alternativ-Programms, in der damit verbundenen "Weltdeutung" und Komplexitätsreduktion der Wirklichkeit, in einem Bereich, in dem die traditionellen Volksparteien ein zentrales Defizit haben.

V. Was bedeuten die GRUENEN ?

13. Eine Einschätzung der GRUENEN stützt sich auf folgende Überlegungen :

a) Sie verfügen mit der ökologischen Frage über ein parteifähiges Thema von dauerhafter Relevanz und epochaler Tragweite;

- b) Sie verfügen über ein selbständiges politisches Personal, das durch andere Parteien nur zu einem geringen Teil kooperiert und adaptiert werden kann;
 - c) Die GRUENEN konzentrieren alternative Gesellschaftsentwürfe in politikfähigen Wahl- und Regierungsprogrammen mit hoher Integrationsleistung;
 - d) Die GRUENEN verfügen über eine hinsichtlich ökonomischer Stellung, Lebenslage, kulturellem und sozialem Milieu durchaus heterogene aber auch abgrenzbare soziale Basis von einem quantitativem Gewicht und nicht unerheblichem Einfluss im gesellschaftlichen Leben;
 - e) Die GRUENEN sind originäre "Leistung" von zwei politischen Generationen in der Bundesrepublik mit lebensgeschichtlicher Bedeutung und hohen Identifikationspotentialen;
 - f) Die GRUENEN sind eine Partei mit überproportionalen Jungwähleranteilen;
 - g) Die GRUENEN bleiben als Programmpartei wie auch von ihrer organisatorischen Struktur und ihrem gesamten Erscheinungsbild her ein geeigneter Bezugspunkt für Protestwahlverhalten;
 - h) Die GRUENEN haben zur Rationalitätssteigerung politischer Bewegungen beigetragen;
 - i) Die GRUENEN haben die Problemwahrnehmungsfähigkeit des politischen Systems erheblich gestärkt;
 - j) Die GRUENEN haben verschiedenen bislang ausgeschlossenen Interessen einen dauerhaften Bezugspunkt und Vermittlungskanal in das politische System verschafft;
 - k) Die GRUENEN haben in der Bundesrepublik in hohem Masse zur öffentlich-medialen Etablierung des Umweltthemas beigetragen;
14. Die GRUENEN erbringen eine Reihe wichtiger Leistungen für das Gesellschaftssystem, das politische System und verschiedene Subsysteme. Von Programm, Personal und sozialer Verankerung her scheinen sie stabil zu sein - selbst über Wahlniederlagen und organisatorische Brüche hinaus.

Ob in der "Epochendiskussion" die Position radikaler Brüche und der Eintritt in eine neue nachindustrielle Epoche realistischer ist oder die Position eingenommen werden sollte, es handle sich bei den beobachtbaren Trends um einen kräftigen Modernisierungsschub und um den Eintritt in die Epoche eines gemässigten und gereiften eigentlichen Industrialismus,

der gewissermassen "erwachsen" geworden ist, lässt sich allein von der Analyse der GRUENEN Parteibildung her nicht erschliessen. So oder so ist zumindest für die Bundesrepublik Deutschland davon auszugehen, dass die GRUENEN oder eine aus ihnen hervorgehende Formation in eine vom Gewicht her mit der liberalen Partei vergleichbare Position hineinwachsen könnten.

Die Grüne Partei in der BRD entstand vor dem Hintergrund dessen, was Sozialwissenschaftler als "neue soziale Bewegungen" bezeichnet haben. Die Chance einer fruchtbaren Beziehung zwischen diesen Bewegungen und der Sozialwissenschaft macht W. Schluchter von grundsätzlichen Forderungen nach einem veränderten Wissenschaftsverständnis abhängig.

Umweltkrise - Neue soziale Bewegungen - Sozialwissenschaft

Wolfgang Schluchter
Gesamthochschule Kassel, Henschelstr. 2, D - 3500 Kassel

Die derzeitige Ausbeutung und Nutzung natürlicher Ressourcen, aus denen die Reproduktionsmittel der Menschen und der Gesellschaft gezogen werden, haben ein Ausmass erreicht, in dem sich die Natur mittels ihrer Wechselwirkungen nicht mehr erneuern kann. Es ist von einer negativen "Naturbilanz" auszugehen. Die heute bekannten und entwickelten Verfahren gehen weitgehend auf eine Denkweise zurück, in der die schrankenlose Unterwerfung der Natur nach den Interessen der Menschen wichtigste Leitlinie ist. Sie verkennt und verleugnet, dass auch der Mensch nur Teil der Natur ist und dementsprechend in der Behandlung der Natur und der Nutzung ihrer Wechselwirkungen für Stabilität und Gleichgewicht sorgen muss. Die Umweltkrise stösst auf ein gesellschaftliches Bewusstsein, das kaum Ursachen und Wirkungen antizipiert, die Verantwortung heutiger Generationen für die Existenzbedingungen zukünftiger Generationen weitgehend leugnet und von kurzfristig orientierten ökonomischen Interessen beeinflusst ist.

Das omnipotente Selbstverständnis grosser Teile des Wissenschaftssystems unterstützt und legitimiert diese Tendenz, weil ein Grossteil der damit befassten Personen denselben Leitlinien folgt undverständnislos der Frage gegenübersteht, mit welchen Mitteln und welchem gesellschaftlichem Aufwand die Folgen der der-

zeitigen Herangehensweisen an die menschlichen und gesellschaftlichen Existenzgrundlagen längerfristig bewältigt werden können.

Die Umweltkrise betrifft nicht nur die Natur; sie wirkt auf die Gesellschaft und ihre Individuen. Politisch wird versucht, die Folgen der Umweltkrise administrativ und technokratisch zu lösen. Dies gelingt nur in wenigen Bereichen, weil die Mobilisierung gesellschaftlichen Bewusstseins politisch und ideologisch verhindert wird; dies hat sich an der Behandlung des "Waldsterbens", der Atomkraftnutzung, der Toxizität von Lebensmitteln verdeutlicht.

Staatliche Machtpolitik, die Umweltkrise, die Desintegration und Ausgrenzung von gesellschaftlichen Gruppen und Eliten, die Entfremdung der Menschen von ihren Arbeitsprodukten und fehlende Identifikationsmöglichkeiten mit herrschenden Gesellschafts-ideologien führen zu Stress, Frustration und Aggression.

Die neuen sozialen Bewegungen sind ein Reflex auf diese Momente. Sie sind notwendige Konsequenz der Systemdefizite und können, sofern ihre Mitglieder gemeinsame Ziele zu formulieren in der Lage sind, erhebliche politische Kraft entwickeln. Dies ist nicht nur bei der Anti-Atomkraft-Bewegung ersichtlich geworde, sondern auch bei der Friedens- oder Umweltbewegung. Das System, selbst nicht in der Lage, gesellschaftliche Lösungen der Umweltkrise zu entwickeln, reagiert einerseits u.U. mit dem Einsatz massiver Machtmittel auf diese Bewegungen und versucht teilweise, diese zu kooptieren und zu integrieren. Andererseits wird der Versuch unternommen, die neuen sozialen Bewegungen aus politischen und gesellschaftlichen Prozessen fernzuhalten. Die neuen sozialen Bewegungen, als Seismograph und als Ausdruck veränderten gesellschaftlichen Bewusstseins von Teilen der Bevölkerung sind jedoch geradezu prädestiniert, zu wesentlichen Problemlösungen beizutragen.

Im Augenblick scheint die Sozialwissenschaft mit den neuen sozialen Bewegungen nicht viel mehr vorzuhaben, als - wie in anderen Bereichen auch - das sich dabei entwickelnde Wissen zu erfassen und umgehend zu verwissenschaftlichen. Auch wenn die Erfassung und Analyse der neuen sozialen Bewegungen Ergebnisse zeitigen, die eine Formulierung neuer schichtübergreifender Anforderungen an die Leistungen des Staates und der Gesellschaft vermitteln, ist die Prozedur der Wissensaneignung und der Verwissenschaftlichung eine Einbahnstrasse zu Lasten der Ziele neuer sozialer Bewegungen.

Die Sozialwissenschaft kann sich analytisch oder kontemplativ verhalten. Jedenfalls sollte sie berücksichtigen, dass neue soziale Bewegungen eine Form von "Betroffenheit" zum Ausdruck bringen, die nicht als quantifizierbare Grösse, ermittelt aus der Diskrepanz zwischen IST- und SOLL-Zustand herausgemessen

werden kann. Die Sozialwissenschaft sollte sich angesichts der tatsächlichen Bedrohung parteilich verhalten; erste Schritte dazu wären

- Bescheidenheit, die zugibt, dass Irrtum nicht nur möglich, sondern in vielen Fällen sogar wahrscheinlich ist;
- Selbstbeschränkung, in der der Geltungsbereich der Wissenschaft auf ein reales Mass zurückgeführt und die Möglichkeit anderer Erkenntnisse anerkannt wird.

In diesem Sinne kann eine enge Zusammenarbeit zwischen neuen sozialen Bewegungen und der Sozialwissenschaft stattfinden, die auf diesem Weg etliches zur Lösung der Umweltkrise beitragen könnte.

Aber ist nicht das Problem "Gesellschaft und Umwelt" schlicht zum Verzweifeln ? Der nächste Beitrag legt es nahe : Danach blocken die durch staatliche Macht abgesicherten und in der wissenschaftlichen Diskussion allzugern ausgeblendeten Eigentumsverhältnisse die Ansätze ökologischer Sensibilisierung, die sich in der politischen Oeffentlichkeit zeigen, wirksam ab.

Eigentumsverhältnisse, Wertewandel und Nutzung von Umweltressourcen

Josef Estermann

Institut für Soziologie der FU Berlin, Babelsbergerstr. 14-16,
D - 1000 Berlin 33

Wertewandelkonzepte sind als analytische Instrumente einer Umweltoziologie nur beschränkt brauchbar, da sie keine Handlungsanweisungen beinhalten. Eine Grundlage ist viel eher mit der Analyse der Eigentumsverhältnisse und der daraus abgeleiteten Eigentumsnormen gegeben (vgl. u.a. Estermann, 1984).

Rohstoffe wie Luft oder Wasser sind im Gegensatz zu Boden und Erden und darauf kultivierten Produkten überhaupt nicht oder nur beschränkt Gegenstand der Eigentumsordnung. Bei der Subsumption eines Rohstoffs unter das Eigentum gilt grosso modo das unbeschränkte Nutzungs- und Vernichtungsrecht, das nur marginal durch Programmnormen wie "Sozialpflichtigkeit" gebunden wird, hingegen zentral durch andere Eigentumsrechte.

Die Eigentumsrechte finden nur da eine absolute materielle Grenze, wo die Reproduktion der Menschheit verunmöglicht wird

und sind in der Umweltdiskussion nur da thematisiert, wo diese Reproduktion gefährdet erscheint. Insbesondere die Luft und in geringerem Masse das Wasser gilt im Produktionsprozess als res derelicta, als Sache, die von jedem, der dazu die Mittel hat, unbeschränkt konsumiert werden darf. Zu Beginn der siebziger Jahre wurde die Umweltdiskussion in erster Linie anhand der Probleme bei Verlust und vollständigem Verbrauch von Ressourcen als industrielle Produktionsmittel im engeren Sinne geführt. Ich nenne dies die alte Umweltkatastrophe. Seit kürzerer Zeit nimmt die Diskussion über eine Vernichtung von primär überlebensnotwendigen Gütern wie Luft, Wasser und Nahrungsmittel einen breiteren Raum ein. Ich nenne dies die neue Umweltkatastrophe. Sie ist insofern verschärft, als dass nicht substituierbare Güter betroffen sind. Wir würden an die Grenze der Reproduktionsfähigkeit der Menschheit stossen, deren Gefährdung allerdings schon durch die Atombombenarsenale und die Drohung ihrer Verwendung durch Politiker und Militärs gegeben ist.

Bei der Betrachtung der Waldsterbensdiskussion wird klar, dass der Wald für dessen Nutzer und last but not least Besitzer zum Angelpunkt der Umweltschädigungen wird, und nicht etwa die Luft, die Gross-Stadtbewohner tatsächlich heute schon tötet (die Korrelationen Sterbefälle - SO 2-Konzentration beträgt in Berlin für die Jahre 79 bis 81 zwischen $r=.3$ und $r=.6$). So scheint mir doch der anfangs erwähnte Anknüpfungspunkt an Plausibilität zu gewinnen : Luft, Gesundheit und Leben werden durch Eigentumsnormen nicht geschützt und sind auch nicht Hauptansatzpunkt der politischen Auseinandersetzungen in Umweltfragen. Am Wald, der grosse emotional-integrative Kräfte freisetzt, werden die antagonistischen politischen und gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse nicht so deutlich wie in anderen Bereichen. Insbesondere auch die Verkehrspolitik steht im Spannungsverhältnis Ausbau des öffentlichen Verkehrs versus industrieller Block der Autoproduktion. Mit dem Katalysator geht der Sieg in dieser Runde an den industriellen Block. Gleichzeitig haben die Industriellen ihren guten Willen gezeigt und lassen ihn sich bezahlen. Der Anknüpfungspunkt der Umweltpolitik muss somit die gesellschaftliche Warenproduktion sein und erst in zweiter Linie der Konsum. Es folgt eine kurze Analyse der Veränderungspotentiale in der Industrie, der sogenannten "Bevölkerung" und der sogenannten "offiziellen Politik".

In der Industrie, d.h. in den die Industrie beherrschenden Gruppen, gilt nach wie vor und zwangsläufig der Grundsatz der Profiterzielung. Solange es etwas zu verdienen gibt, also die Konsumenten und Arbeiter eine umweltgerechte Verbesserung der Produktion bezahlen, können beispielsweise Katalysatoren gebaut und Automobile umgerüstet werden. Industrielle Produktionsverhältnisse sind stabil gegenüber einer kostensteigernden "umwelt-

freundlichen" Nutzung der Ressourcen, auch im sogenannten real-existierenden Sozialismus. Ein Wertewandel bei Industriellen und Managern lässt sich nicht aufzeigen, umweltschonende Produktion kann nicht um ihrer selbst willen geschehen. Allein bei einer Vernichtung der Reproduktionsbasis der Menschen wäre die Profitmaximierung kein Thema mehr. Probleme ergeben sich allerdings schon da, wo sich nicht bloss neue Einstellungen bei den Betroffenen einstellen, sondern individuelle und kollektive Widerstandshandlungen Platz greifen und dadurch die Verwertung gestört wird. Eine veränderte Bewusstseinsstruktur wird erst relevant, wenn sie sich entäußert, anders ausgedrückt, politisch wird.

Die "Bevölkerung", häufig auch angesprochen als Konsumenten (da die Arbeiter und Angestellten nicht über die Arbeit bestimmen), gemeint sind die Schichten ohne direkte Macht über Institutionen und Industrie, ist in Bezug auf Umweltvergiftung zunehmend sensibilisiert. Ein Indikator ist das Wählerverhalten, hier die Stimmengewinne der "grünen" Parteien und das Aufgreifen des Themas durch die Medien. Also wächst der politisch relevante "Leidensdruck", der durch die gefährliche Verminderung der Lebensqualität durch Vergiftung von Luft, Wasser, Nahrung und gewachsener Umwelt verursacht wird. Dieser Umstand führt zu einem zunehmenden Druck auf die offizielle Politik.

Die offizielle Politik, d.h. die in dem herrschenden Gesellschaftssystem sanktionierte regelstiftende Form der Politik ist gekennzeichnet durch die Stärkung politischer Parteien mit "grünem" Anknüpfungspunkt. In den letzten 3-4 Jahren sind auch bürgerliche, traditionelle Parteien auf "grüne" Positionen eingeschwungen. Die organisationssoziologischen Komponenten der traditionellen offiziellen Politik weisen jedoch auf Ablehnung radikaler Massnahmen, auf das Bedürfnis nach bloss schrittweiser, reformistischer Veränderung, auf das Fehlen leistungsfähiger Fachbürokratien und auf fehlende personelle Ressourcen.

Resultat ist eine weitgehende Handlungsunfähigkeit der herrschenden Politik gegenüber den Interessen derjenigen, die die Produktionsbetriebe kontrollieren. Dies lässt sich besonders gut an der Praxis der Umweltschutzbehörden nachweisen. Seit den siebziger Jahren werden in der Bundesrepublik die Umweltdelikte statistisch erfasst. 1982 kamen auf 6.750 bekanntgewordene Delikte 4.892 ermittelte Tatverdächtige, 940 wurden verurteilt. Man setze diese Zahl ins Verhältnis zu den 145.892 im Jahre 1983 verurteilten Dieben. Dabei sind die allermeisten der durch umweltpolizeiliche Massnahmen Betroffenen Bauern und abhängig Beschäftigte. 1983 richteten sich nur 14 % der Ermittlungen gegen Industrie- und Gewerbebetriebe. Auch in diesen Fällen sind subalterne Angestellte eher von einer Verurteilung bedroht als verantwortlich leitende Manager. Besonders in Ermittlungsverfahren der Staatsanwaltschaft wird in der Regel den leitenden Betriebs-

angehörigen und Besitzern keine strafrechtliche Verantwortung zugeschrieben (vgl. Estermann, 1985).

BIBLIOGRAPHIE

ESTERMANN Josef (1984), *Strafgefangene*, Frankfurt/M.

ESTERMANN Josef (1985), "Bekämpfung der Umweltverschmutzer - Eine Aufgabe für die Polizei?", *Bürgerrechte und Polizei*, Editorial 1, 4-8, 28-32.

Die bisherigen Beiträge haben angedeutet, wie Oekologie zum Thema politischer Oeffentlichkeit wurde, und auch, wie wenig dieses Thema im ökonomischen Bereich zur Geltung kommt. Abschliessend wenden wir uns - resignativer Rückzug oder notwendiger Ausgangspunkt? - privaten und kulturellen Aspekten zu : Der Frage nach der Bildung einer ökologischen Moral.

(Miss-)Billigung von Umweltschutzmassnahmen - Der Versuch einer Modellbildung

Vinzenz Winkler

Soziologisches Seminar, Parkweg 12, CH - 4051 Basel

Das Diskussionspapier versucht modellhaft, ein "Schisma der Moralen" (Geiger) bezüglich des umweltorientierten Handelns zu konstruieren. Unter anderem will es das pessimistische und, angesichts offensichtlich altruistischen Umweltschutzhandelns (z.B. freiwilliges, unbezahltes Recycling), falsifizierte Menschenbild der politischen Oekonomie überwinden helfen. Zwei moralische Grundrichtungen werden definiert und unter Anwendung der Moralstufentheorie von Kohlberg (1976) ausgearbeitet.

Die eine Grundhaltung, etikettiert mit "utilitaristisch", ist anthropozentrisch orientiert. Ihr Zielbereich ist das höchste Gemeinwohl (Würde, Glück, materielles Wohl) aller Menschen. Die andere Richtung, die "ökologistische" Moraltendenz, ist allgemein biozentrisch : Das höchste Wohl *allen Lebens*, einschliesslich das des Menschen, soll angestrebt werden. Die Natur wird hier als mit Grundrechten ausgestattet vorgestellt.

In einem verfeinerten sechsstufigen Schema der Moraltypen erscheint die "ökologistische" Richtung als Erweiterung der "utilitaristischen" um den Wohlfahrtsträger Natur.

6. Niveau : Orientierung an allgemeingültigen ethischen Prinzipien. Vorrang der Grundrechte und Würde der Menschen (und der Natur) gegenüber anderen Prinzipien.

5. Niveau : Orientierung an allgemeingültigen Regeln und Verfahren zur Förderung des Wohls aller Menschen (und der Natur).
4. Niveau : Orientierung an der bestehenden Ordnung und an festgelegten Pflichten gegenüber den Menschen, deren Institutionen (und gegenüber der Natur).
3. Niveau : Orientierung an personengebundene Zustimmung ("beeing good"). Die Richtungen fallen zusammen; bedeutend ist nur noch, vor wem man "gut" sein will.
2. Niveau : Instrumentell-relativistische Orientierung (homo oeconomicus).
1. Niveau : Orientierung an Strafe und Gehorsam.

Einfache Einzelentscheide umweltbezogenen Handelns werden abgeleitet. Grundsätzlich gilt, dass bei real zunehmender Umweltverschlechterung, die "Oekologisten" für Massnahmen eintreten, wenn die "Utilitaristen" noch kaum ein Problem erkennen. Letzteren ist eine krisenhafte Umwelt erst dann relevant, wenn sie externe Effekte (meist : Rückwirkungen menschlichen Handelns) auf das Wohlfahrtsstreben der Menschen zur Folge hat. Demgegenüber sucht die "ökologistische" Haltung externe Effekte der Menschewelt auf die Natur zu vermeiden, auch wenn diese relativ tragfähig ist.

Die Modelltypen der "Oekologisten" werden in einer weitgehend fremdmoralischen Gesellschaft der "Utilitaristen" gesehen. Eine Bekräftigung der (bloss gruppenspezifisch) konventionellen Haltung (Niveaus 3 und 4) erhalten die "Oekologisten" nur als Mitglied der wenigen Gruppen ökologistischer Verfassung. Die "utilitaristische" Gesellschaft behandelt konsequente "Oekologisten" als Aussenseiter ("Umwel tapostel"). Sozial akzeptiert ist die Haltung der doppelten Moral : Selbst "ökomoralistisch" argumentierend, verhält man sich mit Begründung (Rationalisierung !) "utilitaristisch". Was in der Gesellschaft als durchgreifendes Prinzip weitgehend fehlt, sind "ökologistische" Verhaltensmuster (Brauch und Sitte).

BIBLIOGRAPHIE

- KOHLBERG Lawrence (1976), "Moral Stages and Moralization. The Cognitive-Developmental Approach", in LICKONA Thomas, Ed., *Moral Development and Behavior. Theory, Research, and Social Issues*, Holt, Rinehart & Winston, New York, 31-53.
- KOHLBERG Lawrence & TURIEL Elliot (1978), "Moralische Entwicklung und Moralerziehung", in PORTELE Gerhard, Hrsg., *Sozialisation und Moral*, Beltz Verlag, Weinheim, Basel, 13-80.